

Bezugsgebühr:

Monatsabonnement für Dresden bei jedem
sonntäglichen Sonntag durch unter
anderen abends und morgens, am
Samstag und Montag nur einmal
20 Pf., durch ausführliche Sonn-
tage 50 Pf., 2 M. Nr. 2 M. 50 Pf.
Bei einmaliger Auslieferung durch die
Sohle 50 Pf. ohne Beleidigung, die Kosten
mit entweder dem Schild oder
Schilder oder Metall u. Original-
Schilder mit deutlicher
Auslieferungsschilder. Dresden Stadt 1
gilt. Nachrichten der Sonn-
tage bleiben unverändert:
Unterschriften können werden
nicht aufbewahrt.

Telegraphen-Adresse:
Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15
Eiserne Oefen und Herde, Haushalt-, Küchen- und Landwirtschafts-Geräte.

Anzeigen-Carif.

Abnahme von Anzeigen
bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und
Montag nur Werbeanzeige von
11 bis 1/2 Uhr. Die 1/2 stündige Grun-
zeit ca. 8 Seiten 20 Pf. An-
zeigen auf der Vorderseite Seite
20 Pf., die 1/2 stündige Seite auf Seite
50 Pf., als Einzelteil Seite
50 Pf. Im Nummern von Sonn-
und Montag 1/2 stündige Grunzeit
50 Pf., und Werbeanzeige 50 Pf.
1/2 stündige Seite auf Seite und als
Einzelteil 50 Pf. 1/2 stündige Zeit-
zeitung nur gegen Voranmeldung.
Werbeanzeige teilen 10 Pfennige.

Herausgeber: Nr. 11 und 2090.

Hauptgeschäftsstelle: Martinstr. 39.

Cornpflaster

zur dauernden Beseitigung von Hühneraugen, Hornhaut etc.
Karton 50 Pfennige. Versand nach auswärts.

Königl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Vorzüglich für
Hühneraugen
mit Wunder-
Zubereitung 1899.
E. Böhme's
rother Gartenschlauch.
C. Löffler, 13. Lößnaustrasse Dresden.

Kronleuchter

Lampen

für Gas, Petroleum und Kerzen.

G. Devantier, Prager
Strasse 11.

Regenschirme in grösster Auswahl
empfiehlt

C. A. Petschke, Wilsdruffer Strasse 17, Prager Strasse 46
Amalienstrasse 7.

Nr. 246. Eigentl.: Forderungen des Handwerks. Protestant. Kirchenbau, Mandat, Verband Industrieller, Mutter Naumann u. Verein deutscher Studenten. Votivkirche. Röhler, veränderlich. Freitag, 7. September 1906.

Das deutsche Handwerk

hat soeben in Nürnberg seinen diesjährigen Handwerks- und Gewerbeschmiedtag abgehalten. Allgemein wurde seine Errungenen und Erörterungen mit größter Spannung entgegengesehen, wodurch im vorigen Jahre die einander widerstreben den Anschaulungen und Forderungen so bestig aufeinander geplagt waren, daß die Geister lange Zeit gar nicht zur Ruhe kommen wollten. Wie erinnerlich, stand auf der vorjährigen Nürnberger Tagung die Frage des Befähigungsnachweises für das Handwerk im Brennpunkt des Kampfes, wobei schließlich eine Resolution zur Annahme gelangte, die den allgemeinen Befähigungsnachweis für alle Handwerkswege unter den heutigen Verhältnissen als unerreichbar hinstellte und sich mit der Forderung des Befähigungsnachweises für das Bauhandwerk begnügte. Dieser Beschluss hat damals viel böses Blut gemacht und gewaltigen Staub in Handwerkertreinen aufgewirbelt. Man ging sogar so weit, dem Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtverband das Recht abzusprechen, im Namen des gesamten Handwerks zu reden unter der Begründung, daß dort zu viel Theoretiker und zu wenige Praktiker des Handwerks vertreten seien. Man konnte also begierig sein, wie sich die Verhandlungen in Nürnberg abwickeln würden. Es hat — um den Kern und Stern gleich vorweg zu nehmen — ein guter Geist über dem diesjährigen großen Tage des deutschen Handwerks und Gewerbes gewaltet: die historischen Traditionen der alten Stadt Nürnberg mahnten an die großen Zeiten der mittelalterlichen Blüteperiode von Bürgertum und Handwerk, daß in jener Zeit noch eine dominierende Stellung einnahm und den jetzt längst entschwundenen „goldenen Boden“ hatte. Manche Erinnerung mag da wieder aufgetaucht sein, mancher alter Gedanke die Vergangenheit mit der Gegenwart verknüpft haben und hinausgeschweift sein in die Zukunft des deutschen Handwerks und Gewerbes. . . . Gewiß, es ist vieles anders, aber leider nicht besser geworden, und man wird es begreiflich finden können, daß die in Nürnberg versammelten Delegierten recht ernste Sorgen und Beschwerden äußerten; ohne Frage hat der raspe und immer noch wachsende Aufschwung der fabrikmäßigen Großbetriebe die Kleinbetriebe des Handwerks und Gewerbes vor einen überaus schweren Daseinskampf gestellt; zweifellos hat das harte Ringen um die Existenz viele Opfer gefordert, aber gerade darum wäre nichts verfehlter, als zu verzagen und die Minne mallos ins Korn zu werfen. Allen Unterrufen gegenüber kann das deutsche Handwerk trotz der augenblicklichen Schwierigkeiten an seine Zukunft glauben, wenn es das gute Wort „Selbst ist der Mann“ noch mehr als bisher beherzigt und in Einigkeit stark bleibt. Nach den Erfolgen, welche das Handwerk in letzter Zeit auf deutschen und internationalen Ausstellungen gehabt hat, kann nicht gesagt werden, daß es überall da, wo es technisch solide und unter Umgestaltung an den jeweiligen Geschmack nach künstlerischen Gesichtspunkten arbeitet, von dem Massenartikel- und Massenabsatz keine Abwendung werden wird. Es gilt eben, mit klarem Blick die neuen Ziele ins Auge zu fassen und sich zu ihnen energisch in kraftvoller Organisation die entsprechenden Wege zu bahnen. Es ist erfreulich, daß die Reichsregierung diesen Gedanken nicht ausspielen steht und durch den Mund ihres Vertreters in Nürnberg, Geh. Oberregierungsrat Dr. Spiechgen-Berlin, erläutert ließ, daß sie die Bedeutung des deutschen Handwerks und Gewerbes für das gefundene Gefüge des Staatswesens noch wie vor voll zu würdigen wisse und mit Rat und Tat helfen wolle. Kein Wunder, wenn sich bei den in ihren Hoffnungen auf die Regierung so oft und so gründlich getäuschten Vertretern des Handwerks ein Sturm des Beifalls erhob, als der Abgesandte des Großen Posadowsh auf direkte Anfrage des Obermeisters Jäger-Köln bezüglich des kleinen Befähigungsnachweises für das ganze Handwerk die Antwort gab: „Ich glaube sagen zu können, daß die Erklärungen, welche der Staatssekretär Graf Posadowsh bei Wiedereröffnung des Reichstags im November dieses Jahres zu dieser Sache abgeben wird, alle Beteiligten befriedigen werden.“

Das ist nicht viel, aber immerhin etwas; jedenfalls haben diese Worte der Hoffnung wieder neue Nahrung gegeben und es wird nun daraus ankommen, wie die Erklärung des Grafen Posadowsh in Wirklichkeit lauten und ob den Worten die allein seligmachende Tat folgen wird. Es wäre absolut nicht zu verstehen, wenn das Reichskant des Künsten sich dauernd den rechtigen Forderungen des Handwerks als unzugänglich erwiese. Man ist aber schon so daran gewöhnt, an dieser Stelle einer straflichen Vernachlässigung des selbständigen Mittelstandes zu begegnen, daß man an bloße Worte nicht mehr glaubt. Daß man der Regierung möglichst entgegenkommen sollte beweist, geht aus der Stellungnahme der Nürnberger Tagung zu der Frage des Befähigungsnachweises sowohl für das Bauhandwerk im besonderen, als auch für das ganze übrige Handwerk. Man sucht und findet zwischen den weit auseinanderliegenden Ansichten über diese einnehmende Frage einen Ausgleich, der mit allen gegen eine Stimme angenommen wurde: „Als Beweis für gewisse Kreise, daß man in Handwerker- und

Gewerbetrieben keinen Extremen und unersättlichen Wölfen nachjagt — wie von gegnerischer Seite so oft tatsächlich behauptet wird —, sondern gewillt ist, sich nach der Tede des Möglichen zu strecken. Die Regierung und der Reichstag sollten dafür auch ihrerseits den Wünschen des Handwerks und Gewerbes so weit als irgend möglich entgegenkommen, wird sich doch bald Gelegenheit dazu bieten bei Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Befreiung von Mißständen im Baugewerbe. In Nürnberg erhoben sich bei der Erörterung dieses Gegenstandes schwere Bedenken darüber, einmal, ob der Regierungsentwurf selbst nach den von der 11. Reichstagskommission vorgenommenen Verbesserungen genügend sei, und dann auch, weil man — bezeichnenderweise — fürchtete zu müssen glaubte, daß die Regierung damit überhaupt das ganze Problem des Befähigungsnachweises für allemal abgetan erachten würde. Es wurden Stimmen laut, die in der Resolution darüber den Gesetzentwurf a limine als unzulänglich abweisen wollten; auch wurde geltend gemacht, daß das Bauhandwerk keine Sondervorteile haben dürfe und warten müsse, bis die Forderung des allgemeinen Befähigungsnachweises für alle Handwerkswege durchgedrungen sei. Diese Ansichten blieben jedoch in der Minderzahl, und nach reizlicher Aussprache entschied sich die überwiegende Mehrheit für die realpolitische Wahrheit, daß man jederzeit nehmen müsse, was man bekommen könnte, und daß es verkehrt sei, daß Streitbare nur bedenken auffüllen, weil man nicht gleich alles erhielte. Aus diesen durchaus vernünftigen Erwägungen ging die oben erwähnte Resolution hervor, die folgendes besagt: „Der 7. Deutsche Handwerks- und Gewerbeschmiedtag beschließt: Der Gesetzentwurf betreffend die Änderung der Gewerbeordnung (Verteilung von Mißständen im Baugewerbe) entspricht nicht den Forderungen des deutschen Bauhandwerks, wie sie in den Beschlüssen des Kölner Tagung und Gewerbeschmiedertages vom Jahre 1905 niedergelegt sind. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeschmiedertag in Nürnberg erneuert den Beschuß der Kölner Tagung, nach welchem den erheblichen Mißständen im Baugewerbe nur durch Einführung des Befähigungsnachweises zu Nutzen geäußert werden kann. Der Handwerks- und Gewerbeschmiedertag erkennt aber in dem Entwurf einen dankenswerten Versuch der verbündeten Regierungen, den vorhandenen Mißständen auf andere Weise abzuheilen. Der Handwerks- und Gewerbeschmiedertag hält daher die Annahme des Entwurfs in der durch die 11. Reichstagskommission gegebenen Form, die wesentliche Verbesserungen in sich schließt, für wünschenswert. Der von derselben Kommission angenommene Resolution, welche die schlechte Einführung des sogenannten kleinen Befähigungsnachweises für das deutsche Handwerk fordert, stimmt der Kammertag zu, in der bestimmten Erwörterung, daß die verbündeten Regierungen schon in der nächsten Tagung dem Reichstage einen entsprechenden Entwurf vorlegen werden.“ Man sieht heraus, daß diesmal die Grundsicherung des allgemeinen Befähigungsnachweises ebenso deutlich ausgesprochen, wie die Forderung nach Einführung desselben für das Bauhandwerk nachdrücklich erneuert wird. Das Charakteristische aber ist, daß man sich gegen nur eine einzige Eigenbröderstimme gerichtet hat auf einer gerade seiner Einmächtigkeit wegen um so wirkungsvolleren Enthaltung, dem das lebhafte Echo in allen beteiligten Kreisen nicht fehlen wird.

Mit Ausnahme des Beratungspunktes über „Vertrag und Lehrvertragformulare“ zeigte sich auch sonst eine erfreuliche Einheitlichkeit, daß fast die Gegner der Handwerksbestrebungen nicht gut mehr mit dem oft angewandten Argument kommen können, die Handwerker müßten ja selbst nicht, was sie wollten, schwanken in ihren Erwägungen hin und her und fämen zu keiner Einigkeit, meßbar man auch nicht wissen könnte, wie man es ihnen recht machen sollte. Die Ansichten über das, was nötigt, sind jetzt geklärt. Daß Selbsthilfe das erste sein muß, das erkennen Handwerk und Gewerbe selbst am allerwenigsten, wie aus der bereits an unserer Stelle mitgeteilten Resolution über die Beschaffung von Maschinen und Werkzeugen klar hervorgeht. Aber es wird mit Recht das Verlangen gestellt, daß zu den Leistungen des organisierten Handwerks, mindestens ebenso wie anderen Berufsgenossenschaften gegenüber, Beihilfen aus öffentlichen Mitteln gewährt werden müssen. Vor allem aber muß das gesamte Volk, sowohl es noch ein Verständnis und ein Herz für die Röte des Handwerks hat, bestrebt sein, dieses bei Bestellungen mehr als bisher zu bevorzugen und zu unterstützen. Staat und Kommunen sollten hierbei mit gutem Beispiel vorangehen! Aber was erlebt man statt dessen? „Wir haben in diesen letzten Tagen“ — so führt in Nürnberg der Obermeister Jäger-Köln treffend aus — „genug von Tippskirch u. Co. gehört. (Hört, hört!) Diese haben zum Beispiel für die Heeresverwaltung 60 000 Sättel geliefert, die sie für 50 Mark das Stück angekauft und dem Reiche für 90 Mark in Rechnung gestellt haben. Damit sind durch den Zwischenhandel 2400 000 Mark von einem Kleiderungsgegenstand des Sattlerhandwerks verdient worden. Ich glaube, daß der Staat bedeutend besser gefahren wäre, wenn er dem

Deutschen Sattlerverband den Auftrag gegeben hätte, die Sättel fertig zu stellen. Wenn er dann etwa 10 Mark für den Sattel mehr gerechnet hätte, um ganz gute Ware zu erhalten, so hätte er immer noch 1800 000 Mark verdient, und die deutschen Sattler hätten auch ein schönes Stück Geld nebenbei erhalten. Aber man hat diesen Weg nicht beliebt. Ich möchte bitten, daß wir alle hier den Ruf erlösen lassen: Fort mit den Monopolen, die dem deutschen Handwerk zum Schaden gereichen!“ Dieses Beispiel liegen sich in ungezählter Reihe andere zufügen: die Warenhäuser, die militärischen Bekleidungsämter, die Gefängniswirtschaft usw. usw., alles das trägt dazu bei, dem selbständigen Handwerk die Beschäftigung zu entziehen und dadurch einer der wichtigsten Säulen unserer gegenwärtigen Gesellschaftsordnung den tragenden Boden abzugraben. Hoffentlich verhält der Ruf der Nürnberger Tagung nicht ungehört; Zeit ist's, daß alle, die es angeht, mit voller Kraft dorthin gehen, dem Handwerk wieder die ihm gebührende Stellung in unserem wirtschaftlichen und sozialen Leben zu verschaffen.

Neueste Drahtmeldungen vom 6. Septbr.

Coloniales.

Berlin. (Priv.-Tel.) Auf Grund von § 11 des Preßgesetzes hat Oberleutnant Quade der „Tgl. Rundsch.“ folgende Bekanntmachung ausgeben lassen: 1. Es ist unwahr, daß die als „Neu-Entnahmungen“ des „Ost-Am.“ bezeichnete Meldung über das Verhältnis von Offizieren der Schutztruppe zu Herrn von Tippskirch von mir stammt; 2. es ist unwahr, daß ich die Veröffentlichung in Frage stehender Nachricht veranlaßt und ihre Fassung gefehlt hätte; 3. ich habe über kein private Verhältnisse meiner Untertanen, die auf Dienstlichen Weise zu meiner Kenntnis gelommen sind, niemals heimlich einer Zeitung Mitteilung gemacht; 4. es ist wahr, daß am 22. v. M. abends in meiner Wohnung ein Herr v. Spaltlimg im Auftrage des Chefdeutschos des „Berl. Pol. Am.“ erschien und mir eröffnete, es seien der Redaktion Mitteilungen zugegangen, daß außer Major Fischer noch ein anderer Offizier des Oberkommandos erhebliche Dokumente von der Firma v. Tippskirch erhalten habe. Zugleich wurde mir der Name dieses Offiziers genannt. Herr v. Spaltlimg bat um die Ermächtigung, daß die Redaktion die Nachricht demontieren dürfe. Dieses Anhören wies ich mit der Bestätigung ab, daß mir von der ganzen Sache nichts bekannt sei und ich zunächst den betreffenden, auf Urlaub weilenden Offizier befragen müsse. Die dienstliche Antwort des Offiziers ergab, daß er allerdings nicht unbekannte Schuldenverpflichtungen für geflickte Gegenstände bei der Firma v. Tippskirch und meistens auch Handarbeiten von der Firma bezw. einem Teilnehmer derselben, in einem Falle unter Hinterlegung eines Wertpapiers, erhalten habe. Der betreffende Offizier begründete sein Verhältnis zur Firma v. Tippskirch damit, daß die Firma für ihn wie für andere Offiziere der Schutztruppe, die von früher her mit v. Tippskirch befreundet waren, mehr den Charakter einer Bank gehabt habe, bei der auf einem laufenden Konto bald ein Guthaben, bald ein Schuldbetrag gestanden habe. Einen Tag nach Beleistung dieses Tatsandes erschien auf meinem Dienstzimmer nicht heimlich, sondern durch den Bureauchef des „B. L.-U.“, Hauptmann Danziger, der mir mitteilte, daß der Redaktion die Nachricht über den betreffenden Offizier bestätigt sei. Der Redakteur bestätigte mein Verhältnis zur Firma v. Tippskirch und meistens auch Handarbeiten von der Firma bezw. einem Teilnehmer derselben, in einem Falle unter Hinterlegung eines Wertpapiers, erhalten habe. Der betreffende Offizier bestätigte nichts mit der Firma zu tun gehabt habe, und wie sich die der Redaktion bekannte Geldverbindlichkeit des betreffenden Offiziers aufgestellt hätten. Das Interesse des Redakteurs sprach ich die Bitte aus, von einer Nennung des Namens bei einer Veröffentlichung absehen zu wollen. Über den Vorwurf habe ich sofort meinem unmittelbaren Vorgesetzten Meldung erstattet. 5. Was mein Auftreten als Mitarbeiter des „Tgl.“ betrifft, so habe ich allerdings vor kurzem in einem im „Tgl.“ veröffentlichten Artikel die Vorwürfe zurückgewiesen, die der Abgeordnete von Höhendorf in diesem Blatte bezüglich des Vortages der Bahnüberbrückung — Reitmannshoop gegen den Generalleutnant L. D. Trotha erhoben hatte. Die Abfassung dieses Artikels erfolgte auf Antrag des Generals v. Trotha bei meiner vorgesetzten Dienststelle und unter ausdrücklicher Genehmigung des Stellvertreters des Reichslandrats und des Chefs des Generalstabs der Armee.

Berlin. (Priv.-Tel.) Wie die „Nord. Illg. Illg.“ erfuhr, wird himmlisch der den Oberleutnant Quade an einer Höhe schwierig anreichenden Ausführungen des Artikels der „Tgl. Rundsch.“ bei der zuständigen Staatsanwaltschaft wegen Beleidigung Strafantrag gestellt. — Der Berl. Pol. Am. erklärt die Behauptungen der „Tgl. Rundsch.“ von Anfang bis zu Ende als dreiste Unwahrheit, für die es keine andere Erklärung gibt, als die Angst und den brennenden Nachdruck ihrer durch die Kolonialhandels bedrohten oder bereits belasteten Hintermänner. — Die „Tgl. Rundsch.“ bemerkt zu dem Abriss der Quaden'schen Berichtung: „Wir werden morgen auf die Angelegenheit zurückkommen, wollen aber schon jetzt bemerken, daß unsere Angaben auf zweimaligen ausdrücklichen Erklärungen eines Redakteurs des — Berliner Pol. Anzeigers“ beruhen.“

Ausstandsbewegung.

Leipzig. (Priv.-Tel.) Die Lohnbewegung der Bäcker ist noch erfolglos eingangs-Verhandlungen vor dem Gewerbege richt und einem schiedsgerichtlichen Vorfallversuch abgebrochen worden. Die Bäckers haben beschlossen, im nächsten Frühjahr erneut in die Lohnbewegung einzutreten.

London. (Priv.-Tel.) Über England anlässlich des Bergarbeiterstreiks wird aus Gordis gemeldet: In Rhymney wurden die Frauen der nicht der Trade Union

Frische und
sterilierte
Kinder-Milch
Fütterung
Mutter-Anstalt „Salina“ M. Winkler, Tel. Salina, Holl. nur Zwischenstr. 74